

# Der Vollzugsdienst

3/2023 – 70. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Das BSBD-Ländertreffen  
2023 findet in  
Sachsen-Anhalt statt**

Bundeshauptvorstand tagt vom  
28. bis 30.03.2023 in Fulda

Seite 2

**Gravierender Fachkräfte-  
mangel in allen Bereichen des  
Justizvollzuges**

Wo bleibt die politische  
Strategie?

Seite 6

**Der VNSB erreicht Großes:  
Vollzugszulage wird auf  
180,00 € erhöht**

Niedersachsen ist nun Spitze  
im Ländervergleich

Seite 42

Die Tarifverhandlungen mit der  
TdL beginnen im Herbst



Foto: hkama / stock.adobe.com



HESSEN



MECKLENBURG-VORPOMMERN



SACHSEN-ANHALT

# INHALT


## BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Jetzt sind WIR dran –  
BSBD: Wir sind kampfbereit
- 1 Flagge zeigen!  
Kampagnen im Tarifstreit!
- 2 BSBD-Ländertreffen 2023 findet  
in Sachsen-Anhalt statt
- 5 Wir fordern eine faire  
Lohnerhöhung in allen Bereichen
- 6 Wo bleibt die politische Strategie?  
Gravierender Fachkräftemangel  
im Justizvollzug
- 7 Hauptversammlung der  
dbb Frauenvertretung

## LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 18 Bayern
- 20 Berlin
- 24 Brandenburg
- 25 Hamburg
- 31 Hessen
- 38 Mecklenburg-Vorpommern
- 42 Niedersachsen
- 45 Nordrhein-Westfalen
- 59 Rheinland-Pfalz
- 63 Saarland
- 65 Sachsen
- 68 Sachsen-Anhalt
- 72 Schleswig-Holstein
- 79 Thüringen
- 71 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	René Müller	<a href="mailto:rene.mueller@bsbd-bund.de">rene.mueller@bsbd-bund.de</a> <a href="http://www.bsbd.de">www.bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Horst Butschinek	<a href="mailto:horst.butschinek@bsbd-bund.de">horst.butschinek@bsbd-bund.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Sönke Patzer	<a href="mailto:soenke.patzer@bsbd-bund.de">soenke.patzer@bsbd-bund.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Alexander Sammer	<a href="mailto:alexander.sammer@bsbd-bund.de">alexander.sammer@bsbd-bund.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzende</b>	Dörthe Kleemann	<a href="mailto:doerthe.kleemann@bsbd-bund.de">doerthe.kleemann@bsbd-bund.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung</b>	Martin Kalt	<a href="mailto:martin.kalt@bsbd-bund.de">martin.kalt@bsbd-bund.de</a>
<b>Geschäftsstelle:</b>	<b>Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands</b> Waldweg 50 · 21717 Deinste · <a href="mailto:post@bsbd.de">post@bsbd.de</a>	
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Michael Schwarz	<a href="mailto:bsbdschwarz@web.de">bsbdschwarz@web.de</a> <a href="http://www.bsbd-bw.de">www.bsbd-bw.de</a>
<b>Bayern</b>	Ralf Simon	<a href="mailto:post@jvb-bayern.de">post@jvb-bayern.de</a> <a href="http://www.jvb-bayern.de">www.jvb-bayern.de</a>
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	<a href="mailto:mail@bsbd-berlin.de">mail@bsbd-berlin.de</a> <a href="http://www.bsbd-berlin.de">www.bsbd-berlin.de</a>
<b>Brandenburg</b>	Dörthe Kleemann	<a href="mailto:geschaeftsstelle@bsbd-brb.de">geschaeftsstelle@bsbd-brb.de</a> <a href="http://www.bsbd-brb.de">www.bsbd-brb.de</a>
<b>Bremen</b>	Sven Stritzel	<a href="mailto:sven.stritzel@jva.bremen.de">sven.stritzel@jva.bremen.de</a>
<b>Hamburg</b>	René Müller	<a href="mailto:rene.mueller@lvhs-hamburg.de">rene.mueller@lvhs-hamburg.de</a> <a href="http://www.lvhs-hamburg.de">www.lvhs-hamburg.de</a>
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	<a href="mailto:vorsitzende@bsbd-hessen.de">vorsitzende@bsbd-hessen.de</a> <a href="http://www.bsbd-hessen.de">www.bsbd-hessen.de</a>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Matthias Nicolay	<a href="mailto:mpaape@onlinehome.de">mpaape@onlinehome.de</a> <a href="http://www.bsbd-mv.de">www.bsbd-mv.de</a>
<b>Niedersachsen</b>	Oliver Mageney	<a href="mailto:oliver.mageney@vnsb.de">oliver.mageney@vnsb.de</a> <a href="http://www.vnsb.de">www.vnsb.de</a>
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Ulrich Biermann	<a href="mailto:ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de">ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de</a> <a href="http://www.bsbd-nrw.de">www.bsbd-nrw.de</a>
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	<a href="mailto:bsbd.winfried.conrad@t-online.de">bsbd.winfried.conrad@t-online.de</a> <a href="http://www.bsbd-rlp.de">www.bsbd-rlp.de</a>
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	<a href="mailto:M.Wollscheid@justiz.saarland.de">M.Wollscheid@justiz.saarland.de</a>
<b>Sachsen</b>	Thomas Porr	<a href="mailto:thomas.porr@bsbd-sachsen.de">thomas.porr@bsbd-sachsen.de</a> <a href="http://www.bsbd-sachsen.de">www.bsbd-sachsen.de</a>
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Mario Pinkert	<a href="mailto:mario.pinkert@bsbd-isa.de">mario.pinkert@bsbd-isa.de</a> <a href="http://www.bsbd-isa.de">www.bsbd-isa.de</a>
<b>Schleswig-Holstein</b>	Michael Hinrichsen	<a href="mailto:hinrichsen@bsbd-sh.de">hinrichsen@bsbd-sh.de</a> <a href="http://www.bsbdsh.de">www.bsbdsh.de</a>
<b>Thüringen</b>	Ronny Rüdiger	<a href="mailto:post@bsbd-thueringen.de">post@bsbd-thueringen.de</a> <a href="http://www.bsbd-thueringen.de">www.bsbd-thueringen.de</a>

**REDAKTIONSSCHLUSS**  
Ausgabe 4-5: 11. September 2023



**ERSCHEINUNGSTERMIN**  
Ausgabe 4-5: 10. Oktober 2023



Einkommensrunde für Bund und Kommunen:

## Beschäftigte erhalten zwischen 8 und 16 Prozent mehr Geld

Die Entschlossenheit der Kolleginnen und Kollegen brachte die Entscheidung. Ohne die Warnstreiks und Proteste der vergangenen Wochen wäre der jetzt erzielte Abschluss aber nicht denkbar gewesen. Immerhin waren Hunderttausende den Aufrufen ihrer Gewerkschaften gefolgt und hatten der Arbeitgeberseite zu der Erkenntnis verholfen, dass bei mangelnder Kompromissbereitschaft ein flächendeckender Erzwingungsstreik drohen würde. Für die 2,5 Millionen Kolleginnen und Kollegen des Bundes und der Kommunen hatte das Ergebnis der Schlichtung den Weg vorgezeichnet. Die Gewerkschaftsvertreter waren deshalb auch recht zuversichtlich in die entscheidende Potsdamer Verhandlungsrunde gegangen. Und auch die Arbeitgeber sahen ein, dass ein Zurückgehen hinter den Schlichterspruch unvermeidlich zu einem flächendeckenden Arbeitskampf führen würde. Diese disziplinierenden Rahmenbedingungen waren wohl dafür verantwortlich, dass sich auch die Arbeitgeberseite konstruktiv verhielt und letztlich einen Tarifabschluss ermöglichte.

Zwischenzeitlich ist das erzielte Ergebnis von den Betroffenen, den Medien und auch den Wirtschaftsinstituten unterzogen worden. Die vom Tarifvertrag Betroffenen sehen den erzielten Tarifabschluss überwiegend positiv. Allerdings meldeten sich auch kritische Stimmen zu Wort, die bemängelten, dass nicht für alle Entgeltgruppen ein voller Inflationsausgleich erreicht worden sei. Dies trifft allerdings nur dann zu, wenn der Inflationsausgleich (Einmalzahlung) für das Jahr 2023 nicht in die Bewertung eingezogen wird.

Man kann aber nach unserer Einschätzung die Zahlung von insgesamt 3.000 Euro netto nicht einfach ignorieren, als gäbe es sie gar nicht. Deshalb muss festgehalten werden, dass für die 24-monatige Laufzeit des Vertrages der durch die Inflation bewirkte Verlust an Kaufkraft mehr als ausgeglichen wird.

Nach dem Auslaufen des Vertrages beginnt das Spiel von neuem. Für die nächste Tarifrunde muss dieser Sachverhalt selbstverständlich mitgedacht

werden, schließlich reduzieren sich die Preise nicht automatisch auf ihr früheres Niveau.

### Das Ergebnis:

- Vereinbart wurde ein abschlagsfreier Inflationsausgleich in Höhe von 3.000 Euro. Davon werden im Juni 2023 1.240 Euro und ab Juli 2023 bis Februar 2024 jeweils 220 Euro netto ausbezahlt.
- Ab dem 1. März 2024 steigen die Tabellenentgelte um den Sockelbetrag von 200 Euro. Anschließend werden die Tabellenentgelte zusätzlich um 5,5 Prozent erhöht. Die Mindesterhöhung beträgt 340 Euro!
- Auszubildende und Praktikanten erhalten einen Inflationsausgleich in Höhe von 620 Euro und ab Juli 2023 bis Februar 2024 jeweils 110 Euro netto.
- Die Ausbildungsvergütungen werden ab 1. März 2024 um 150 Euro angehoben.
- Die Vertragslaufzeit beträgt 24 Monate bis zum 31. Dezember 2024.

DBB-Chef Ulrich Silberbach bewertete die erzielte Einigung positiv. Der gefundene Kompromiss könne sich sehen lassen, auch wenn die Länge der Laufzeit eine Hypothek für die Gewerkschaften gewesen sei.

Angesichts der klammen Kassen vieler Kommunen, die durch den Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern finanziell arg strapaziert seien, sei realistisch nicht mehr durchsetzbar gewesen.

Ein Ergebnis, das sich – je nach Entgeltgruppe – zwischen 8 und 16 Prozent bewegt, sei vor den Verhandlungen allerdings von kaum jemandem erwartet worden. Da der überwiegende Teil der Kolleginnen und Kollegen in mittleren Entgeltgruppen eingruppiert seien, liege die durchschnittliche Erhöhung der Einkommen bei rd. 11 Prozent, stellte Silberbach fest.

Die vom DBB-Chef Ulrich Silberbach von der Arbeitgeberseite geforderte inhalts- und wirkungsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf den Besoldungs- und Versorgungsbereich zeichnet sich aktuell konkret ab. Aus



Ulrich Silberbach (li.) sprach von einem fairen Kompromiss, der Stärken und Schwächen aufweise, insgesamt allerdings akzeptabel sei. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (2. von li.) sah in der Tarifeinigung eine vernünftige Wertschätzung der Leistungen des öffentlichen Dienstes, während Gelsenkirchens Oberbürgermeisterin Karin Welge (re.) für die Kommunen feststellte, dass der Abschluss, der Mehrkosten von 17 Milliarden Euro verursache, die Leistungsfähigkeit der Gemeinden überstrapazierte. Frank Werneke (2. von re.) von Verdi betonte, auch die Gewerkschaften seien an die Schmerzgrenze gegangen, um diesen Abschluss möglich zu machen.

Foto: Friedhelm Windmüller/dbb

dem Bundesinnenministerium verlaute zwischenzeitlich, dass die erforderlichen gesetzgeberischen Initiativen auf den Weg gebracht würden. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass für 2024 von der prozentualen Erhöhung 0,2 Prozent in die Versorgungsrücklage überführt würden. Dies sei gesetzlich so festgelegt.

### Kommunen beklagen Finanzierungsprobleme

Vertreter der Kommunen bezeichnen den Tarifabschluss als „teuersten aller Zeiten“. Der eingegangene Kompromiss strapazierte die Haushalte vieler Gemeinden über alle Maßen. Viele Kommunen befänden sich bereits in der Haushaltssicherung und könnten nicht mehr eigenverantwortlich über ihre

vorsorge führen. Bereits 30 Prozent der Kommunen in Deutschland sind überschuldet, und viele weitere haben keinerlei finanziellen Spielraum, um die enormen Kosten des Tarifabschlusses von annähernd 17 Milliarden Euro zu stemmen. Die angespannte Finanzsituation wird viele Kommunen dazu zwingen, Leistungen zu kürzen sowie Gebühren und Abgaben zu erhöhen.

Kitas und Mitgliedschaften in Sportvereinen könnten teurer werden, die Beantragung eines Personalausweises oder einer Baugenehmigung könnten deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit kann so die Realität vielerorts in den kommenden Jahren aussehen. Eine solche Entwicklung ist deswegen problema-

Diese Verhältnisse verändern sich gerade. Der wachsende Fachkräftemangel bewirkt eine starke Verschiebung der Machtstrukturen. Aus einem Arbeitgeber- entwickelt sich ein Arbeitnehmermarkt. Gegenwärtig können bereits zwei Millionen Stellen nicht besetzt werden. In den kommenden zehn Jahren werden bis zu fünf Millionen Fachkräfte fehlen. Damit zeichnet sich eine Tendenz zu mehr und längeren Arbeitskämpfen ab, denn bei Löhnen und Einkommen hat Deutschland einen beträchtlichen Nachholbedarf und die Gewerkschaften werden schlagkräftiger und mächtig werden, wenn die Arbeitskraft zu einem stark nachgefragten, kostbaren Gut wird.

Die Regierung kann der Tendenz zu mehr Arbeitskämpfen durch eine vorbeugende Politik begegnen. Sie ist also nicht machtlos. Sie darf nur nicht der Versuchung erliegen, in den Tarifauseinandersetzungen Bürger gegen Beschäftigte auszuspielen. Ein solches Szenario würde die Fronten unnötig verhärten und unabsehbare Konsequenzen zur Folge haben.

Die Finanzierungsprobleme der Kommunen sind nicht neu. Sie existieren bereits seit mindestens 20 Jahren. Die Hauptverantwortung für diese finanzielle Misere liegt in der Konstruktion des deutschen Föderalismus. Die Kommunen werden von Bund und Ländern finanziell häufig unzureichend ausgestattet. Ihnen wird zu wenig Autonomie zugestanden. Die von den Kommunen zu leistenden Sozialausgaben sind nach Expertenmeinung dafür verantwortlich, dass viele Gemeinden in finanzielle Schieflagen geraten sind.

Da es hinsichtlich dieser Ausgaben ein deutliches Nord-Süd-Gefälle gibt, entwickeln sich die Lebensverhältnisse und Wirtschaftsbedingungen entsprechend ungleich.

### Kritiker befürchten Entstehen einer Lohn-Preis-Spirale

Vereinzelt melden sich Ökonomen zu Wort, die in dem Tarifabschluss die Ursache für das Entstehen einer Lohn-Preis-Spirale sehen wollen, durch die sich Lohnforderungen und Preissteigerungen gegenseitig hochschaukeln.

Diese Befürchtung ist unbegründet, weil die Löhne in Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich geringer gestiegen sind als die Preise. Hieraus folgt, dass die Kaufkraft der Löhne hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben ist. Daher kann sich eine solche Spirale kaum entwickeln.

Außerdem sind die Einkommen der Beschäftigten nur zu 50 Prozent durch



BSBD-Karikatur Thomas Möbis

Finanzen befinden. Dies sei insgesamt ein unmöglicher Zustand, der sich auch nachteilig auf die Dienstleistungen der Kommunen auswirke.

Wenn ein hoher Tarifabschluss Kommunen zwingt, bei den Personalstellen zu sparen, dann sei das kontraproduktiv, weil sich notwendige Genehmigungsverfahren weiter verzögerten und mitunter Investitionen behinderten.

Dieses Argument ist zwar richtig, kann aber nicht den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften angelastet werden. Die bescheidene Finanzausstattung ist vielmehr der Konstruktion des Föderalismus in Deutschland geschuldet.

### Einschränkungen im Leistungsangebot sind fast unvermeidlich

Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst könnte sich fatal auf viele Kommunen auswirken und zu empfindlichen Einschränkungen der Daseins-

tisch, weil Unternehmen leistungsfähige Kommunen und gute Rahmenbedingungen benötigen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

Zudem kommt knapp die Hälfte aller öffentlichen Investitionen in Deutschland von den Kommunen. Störungen in diesem Bereich haben unmittelbare Auswirkung auf die Wirtschaft.

### Die Politik muss sich auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen

In den 1990er und 2000er Jahren hat sich ein expandierender Niedriglohnssektor etabliert. Sinkende Reallöhne waren vor allem das Resultat einer hohen Arbeitslosenquote und eines deutlichen Rückgangs der Flächentarifverträge. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften waren nicht mehr mächtig genug, sich dieser Entwicklung erfolgreich entgegenzustellen.



Die Verhandlungen in Potsdam wurden lautstark durch zahlreiche Mitglieder der DBB-Gewerkschaften unterstützt.  
Foto: Friedhelm Windmüller/dbb

Tarifverträge abgesichert. Und auch der Niedriglohnsektor ist kaum durch Tarifverträge gesichert. Deshalb kann von dieser Seite nicht der nötige Druck aufgebaut werden, um höhere Einkommen durchzusetzen. In dieser Hinsicht rächt sich, dass sich die betroffenen Arbeitnehmer nicht stärker organisiert haben. Mit der Ausbildung eines Arbeitnehmermarktes wächst den Gewerkschaften jetzt die Macht zu, die berechtigten Interessen ihrer Mitglieder auch durchzusetzen.

### Lohnsteigerungen entfalten positive Wirkung

Dabei haben Lohnsteigerungen auch positiven Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Wirtschaft. Gerade der Vollzug und der öffentliche Dienst insgesamt finden immer weniger Bewerber, um freie Stellen besetzen zu können. Es fehlt an Fachpersonal in Kitas, Schulen, bei den Sicherheitsbehörden und in der Verwaltung.

Bauämter wurden ausgedünnt. Genehmigungsverfahren für Bauherren und Unternehmen dauern länger und werden kostspieliger. Eine solche Entwicklung bremst wichtige Investitionen der Unternehmen in die digitale und ökologische Transformation. Dies kostet attraktive Arbeitsplätze und letztlich auch Wohlstand.

Wir verfügen in Deutschland über eine bislang nicht in Anspruch genommene stille Reserve in unserem Arbeitsmarkt. Hierbei handelt es sich um Menschen, die nicht in Vollzeit berufstätig sind. Viele dieser Personen geben an, dass bessere Arbeitsbedingungen und

vor allem höhere Löhne für sie ein Anreiz sein könnten, um ihre Arbeitszeit aufzustocken. Höhere Einkommen würden folglich helfen, zumindest einen kleinen Teil der jetzt verstärkt aufbrechenden Fachkräftelücke zu schließen. Gleichzeitig helfen höhere Einkommen, die Nachfrage zu stabilisieren und zu stärken, wovon wiederum Staat und Unternehmen profitieren.

### Finanzlage der Kommunen verbessern!

Tarifverhandlungen wird es auch in Zukunft im öffentlichen Dienst mit absoluter Sicherheit geben. Es wäre daher



Während der Verhandlungsrunden hatten sich die Verhandlungsdelegationen ganz schön verhäkt. Es bedurfte deshalb der Schlichtung, um einen Abschluss zu ermöglichen.  
Foto: Friedhelm Windmüller/dbb

vernünftig, das Finanzsystem zugunsten der Kommunen auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. Erforderlich wäre dafür eine Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs, damit finanz- und strukturschwache Kommunen systematisch bessergestellt werden und mehr Autonomie über ihre Finanzen erhalten.

Hierfür wäre eine Entschuldung der Gemeinden Voraussetzung. Knapp 30 Prozent der Kommunen mangelt es an der notwendigen Flexibilität bei ihren Finanzen. Sie leben praktisch von der Hand in den Mund. In der Vergangenheit sind entsprechende Bemühungen immer wieder gescheitert.

Staatliche Budgets sind meist knapp bemessen. Zu Beginn des Jahres hat die Bundesregierung für den Ausgleich der kalten Progression 18 Milliarden Euro ausgeschüttet. Dieses Geld wurde vorrangig an Spitzenverdiener zurückgegeben. Wenn man die Finanzsituation der Kommunen hiermit vergleicht, kommt man nicht umhin festzustellen: Dies war eine falsche Prioritätensetzung!

### Dem Fachkräftemangel ist nur durch gute Arbeitsbedingungen und hohe Einkommen beizukommen

Die Politik sollte sich für deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen und auch für höhere Löhne einsetzen. Lohnsteigerungen, die die Produktivität der Beschäftigten spiegeln, sind dringend notwendig, um den Fachkräftemangel zu reduzieren. In dieser Hinsicht sollten wir alle verfügbaren Ressourcen nutzen, die schnell aktiviert werden können. Dies gilt für Teilzeitkräfte ebenso wie für die über zwei Millionen Arbeitslosen.

In die gleiche Richtung argumentierte **BSBD-Chef Ulrich Biermann**, der deutliche Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst nicht nur für gerechtfertigt, sondern für zwingend erforderlich hält, um auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken.

Von kürzeren und schnelleren Genehmigungsverfahren und einem Abbau von Bürokratie dürften nachhaltig positive Auswirkungen für Investitionen in den Standort Deutschland zu erwarten sein.

Der Gewerkschafter erinnerte die Bundespolitik daran, dass es an der Zeit sei, die Finanzkraft der Kommunen deutlich zu stärken. Denn nur bei ausreichenden Einnahmen seien die Kommunen dauerhaft in der Lage, attraktive Beschäftigungsverhältnisse und Bezahlstrukturen zu schaffen. Die



Foto: BSBD NRW

**BSBD-Chef Ulrich Biermann sieht im Tarifabschluss für Bund und Kommunen einen Maßstab, an dem sich die Tarifrunde für die Bundesländer im Herbst 2023 orientieren wird.**

Politik sollte durch die Stärkung der Kommunen einen wesentlichen Beitrag leisten, um in ganz Deutschland für gleichwertige und gute Lebensbedingungen zu sorgen. Gleichzeitig würde eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen sicherstellen, dass nicht jede Tarifaufeinandersetzung in einen Arbeitskampf mündet. In diesem Fall seien auch partnerschaftlichere Verhandlungen denkbar.

### Ausblick auf die Tarifrunde für die Beschäftigten der Bundesländer

Ulrich Biermann zeigte sich mit Blick auf die im Herbst anstehenden Tarifverhandlungen für die Bundesländer optimistisch: „Der Abschluss für Bund und Kommunen stellt gegenwärtig die Benchmark dar, an der sich alle anderen Bereiche orientieren. Dies gilt für die Bahn ebenso wie für die Klinikärzte. Und auch unsere Verhandlungen werden auf den jetzt erreichten Abschluss aufsetzen müssen. Nachdem die Inflation insgesamt etwas zurückgeht, wäre ein vergleichbarer Abschluss damit durchaus akzeptabel.“

Der **BSBD-Chef** warnte die Arbeitgeberseite allerdings, auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen ihrerseits Forderungen aufzustellen. Dafür sei jetzt nicht der richtige Zeitpunkt.

In der aktuellen Situation müsse allen Beteiligten daran gelegen sein, die Einkommensverhältnisse im öffentlichen Dienst der Länder attraktiv auszugestalten, damit wir im öffentlichen Dienst und speziell im Vollzug eines Tages nicht ohne das benötigte Personal dastehen.

Friedhelm Sanker

## BSBD NRW tritt für Komplettierung der Dienstkleidung ein

Seit geraumer Zeit bemüht sich die BSBD-Landesleitung darum, die aus dem Bereich der Polizei bekannte Softshelljacke in den Dienstkleidungsbestand des Vollzuges zu übernehmen. Zu Beginn des Überzeugungsprozesses war bei den Vertretern des Ministeriums keine große Neigung zu verspüren, dieser Forderung zu entsprechen. Zwischenzeitlich hat das stetige Bemühen der BSBD-Vertreter zu einem Umdenken geführt. Die Administration hat sich überzeugen lassen, dass eine Softshelljacke eine gute Ergänzung des Dienstkleidungsbestandes sein wird. Gegenwärtig laufen die erforderlichen Ausschreibungen, um sicherzustellen, dass seitens der Lieferanten des Vollzuges eine gute, den Anforderungen entsprechende Qualität sowie ein akzeptabler Preis für dieses Kleidungsstück angeboten und gewährleistet werden.

Die Softshelljacke ist körpernah geschnitten. Sie verfügt über elastische Einsätze aus Zweilagelaminat im Armloch und Ellenbogenbereich. Dadurch wird eine gute Beweglichkeit erreicht und dauerhaft sichergestellt. Die Jacke ist mit Stehkragen und abknöpfbare Kapuze ausgestattet. Sie wird mit einem Reißverschluss bis zur Kragenoberkante geschlossen. Von den zwei Brusttaschen mit Reißverschluss ist die linke Tasche als Funkgerätetasche mit einem Klettverschluss versehen. Auf jedem Ärmel befindet sich eine Ärmeltasche, rechts mit Reißverschluss verschließbar, links als Stifftasche mit aufgehäutem Hoheitszeichen.

Die Jacke wird mit einem Zweizegelspritzgussreißverschluss geschlossen, der von der Kragenoberkante bis zum Saum reicht. Das Vorderteil wird unterhalb der Oberweitenlinie durch eine schräg verlaufende, waagerechte Teilungsnäht optisch getrennt. Senkrechte Teilungsnähte verlaufen von der Schulterpassie bis zum Saum. Im unteren Bereich befinden sich die mit einem Reißverschluss versehenen Seitentaschen.

In der linken Brusttasche ist innen ein Durchgriff für den Funkgerätekopf eingearbeitet.

Die Taschenbeutel und Besätze sind aus Polyester-Baumwoll-Mischgewebe hergestellt. Das Obermaterial besteht

aus einem Polyestergewebe mit einer Bikomponentenmembrane. Der Stoff verfügt über eine angenehme Haptik, ist wasser- und winddicht sowie atmungsaktiv. Die genannten Produkteigenschaften machen die Jacke zu einem sehr tragfreundlichen Bestandteil der Dienstkleidung. Speziell die Funktionalität der Jacke ist nach Auskunft von Polizeikräften ihr hervorstechendstes Merkmal. Sie stellt damit die optimale Ergänzung zur Wetterschutzjacke dar. Die Jacke ist konkret deshalb als Wendjacke konzipiert, um die Kolleginnen und Kollegen speziell bei Aus- und Vorführung sofort als Hoheitsträger sichtbar und erkennbar zu machen. Zudem kann das Innenfutter der bereits vorhandenen Kurzjacke auch in diese Wendjacke eingezogen werden.

**BSBD-Chef Ulrich Biermann** hat in den Gesprächen mit Ministeriumsvertretern darauf gedrungen, besonderen Wert auf die Qualitätssicherung zu legen. Vor der Freigabe der Serienproduktion sollten die Lieferanten verpflichtet werden, Muster zur Vornahme eigener Fertigungskontrollen vorzuhalten und auch dem Vollzug entsprechende Muster vorzulegen, damit bei eventuell auftretenden Mängeln unabhängige Konformitätsprüfungen vorgenommen werden können.

Friedhelm Sanker



Beispiel beider Seiten einer Softshellwendejacke.



Fotos: BSBD NRW

# Kundgebungen zum Tag der Arbeit wieder besser besucht!

Fachkräftemangel versetzt Gewerkschaften in gute Position, ihre Forderungen leichter durchsetzen zu können



Foto: Artist-stock.adobe.com

In fast 140 Jahren haben sich die Arbeitsverhältnisse deutlich zum Positiven gewandelt.

**D**er Tag der Arbeit ist ein gesetzlicher Feiertag. Er wird in jedem Jahr am 1. Mai begangen. Die Kundgebungen der Gewerkschaften waren in den letzten Jahren mehr oder weniger gut besucht. Viele Kolleginnen und Kollegen nutzten die freie Zeit, um die ersten schönen Stunden des Jahres mit Freunden oder der Familie zu verbringen. In diesem Jahr war die Erinnerung an die Bedeutung dieses Gedenktages wieder stärker zu spüren. Zehntausende von Arbeitnehmern trafen sich auf den Plätzen der großen Städte zu Kundgebungen, um sich der wachsenden Schlagkraft der Gewerkschaften zu versichern.

Wegen des ernsten Hintergrundes dieses Feiertages und seiner großen Bedeutung für alle abhängig Beschäftigten, wollen wir hier einmal an seine historischen Wurzeln erinnern.

In Amerika des 19. Jahrhunderts wurden Mitarbeiter regelmäßig befristet beschäftigt. Der 1. Mai war der Tag, an dem die Arbeitsverhältnisse regelmäßig ausliefen. Diesem Datum blickten die meisten mit großer Sorge entgegen, weil sie nicht wissen konnten, ob sie am 2. Mai noch eine Arbeitsstelle haben würden. Für die Kolleginnen und Kollegen, die nicht weiterbeschäftigt wurden, bedeutete dies vielfach den Umzug in eine andere Stadt, um dort eine neue Arbeit zu finden.

Im Jahre 1886 rief die nordamerikanische Arbeiterbewegung am 1. Mai, einem Samstag, zum Generalstreik auf. Ziel war es, den Achtstundentag zu erkämpfen. Die regelmäßige Arbeitszeit betrug seinerzeit noch 12 Stunden pro

Arbeitstag. Im Jahre 1886 war der Unmut der abhängig Beschäftigten derart groß über die vorherrschenden Arbeitsbedingungen, dass Arbeiter im ganzen Land die Arbeit niederlegten, um sich am Generalstreik zu beteiligen. Besonders dramatisch war die Lage in Chicago. Auf dem Haymarket hielt **August Spies**, Herausgeber einer Arbeiterzeitung, eine beeindruckende Rede.

Er rief die Arbeiter zur Solidarität auf. Es schloss sich ein mehrtägiger Streik an. Am Abend des 3. Mai 1886 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizeikräften, in deren Verlauf zwei Demonstranten getötet wurden.

Die zunächst friedliche Protestversammlung am folgenden Tag wurde durch die Polizei gestürmt. Daraufhin warf ein Unbekannter eine Bombe, die sowohl Polizisten als auch Demonstranten tötete. Im sich anschließenden Gefecht starben sieben Polizisten und

ca. 20 Demonstranten. Mehr als 200 Arbeiter wurden verletzt. Das Ereignis ging als „Haymarket Affair“ in die amerikanische Geschichte ein.

Die „Zweite Internationale“ proklamierte 1889 den 1. Mai im Gedenken an die Chicagoer Opfer zum Kampftag der Arbeiterbewegung. Seit 1890 wird der Protest- und Gedenktag weltweit begangen. Erst 1933 wurde der 1. Mai unter den Nationalsozialisten als „Tag der nationalen Arbeit“ zum Feiertag. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften gleichgeschaltet und ihre Vermögen beschlagnahmt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der 1. Mai durch die einschlägigen Ländergesetze als gesetzlicher Feiertag bestätigt. Seither begehen wir ihn als „Tag der Arbeit“.

Gerade in unseren krisengeschüttelten Zeiten tun wir gut daran, uns hin und wieder daran zu erinnern, was Arbeitergenerationen in ihrem Kampf



Am diesjährigen „Tag der Arbeit“ nahmen wieder deutlich mehr Arbeitnehmer an den Kundgebungen der Gewerkschaften teil.

Foto: Fineas/stock.adobe.com

um vernünftige Arbeitsbedingungen und angemessenen Bezahlung erliden mussten und welchen Blutzoll sie gezahlt haben, bis unsere gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse erkämpft waren.

Weil wir aktuell in einer liberalen Demokratie leben dürfen, werden ganz wesentliche Arbeitnehmerrechte von der Arbeitszeit bis zur Mitbestimmung garantiert.

Damit das so bleibt, müssen Menschen aktiv sein und bleiben. Und die Zukunft verspricht auch erhöhten Ertrag eines solchen Engagements.

Der Fachkräftemangel ist nicht nur eine Last, sondern er versetzt die Gewerkschaften in gute Position ihre Forderungen leichter durchsetzen zu können. Immerhin wandelt sich der Arbeitgebermarkt gerade zu einem Arbeitgebermarkt, weil die Arbeitskraft von Menschen künftig ein rares und damit teures Gut sein wird.

Friedhelm Sanker

Kriminalitätsstatistik belegt:

## Starker Anstieg der Straftaten im Jahr 2022

Nachdem die Fallzahlen fünf Jahre lang eine abnehmende Tendenz aufwiesen, hat sich diese Entwicklung im Jahr 2022 ins Gegenteil verkehrt. Die Straftaten sind deutlich angestiegen. Besonders die Gewaltkriminalität hat sich im Vergleich zu 2021 erheblich ausgeweitet. Und noch eines ist augenfällig: Der Anteil ausländischer Tatverdächtiger hat deutlich zugenommen. Im Jahr 2022 wurden insgesamt 5,63 Millionen Taten registriert, was einem Zuwachs von 11,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2021 entspricht. Die Aufklärungsrate hat hingegen mit 57,3 Prozent um 1,3 Prozent abgenommen. Damit bewegt sich die Kriminalitätsentwicklung in die absolut falsche Richtung, zumal die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik nur das Hellfeld abbildet.

Deutschland ist im vergangenen Jahr objektiv unsicherer geworden. Die Politik betont zwar unermüdlich, dass Deutschland immer noch eines der sichersten Länder der Welt sei. Offen bleibt dabei aber die Frage, wie lange das noch so bleibt. Sollte sich die ungünstige Entwicklung des Jahres 2022 verstetigen, dann besteht akuter Handlungsbedarf.

Bundesinnenministerin **Nancy Faeser (SPD)** wies bei der Vorstellung der Statistik darauf hin, dass die Zahl der Straftaten vor zehn Jahren noch deutlich höher gelegen hätte. Da kann man nur feststellen: Zu Zeiten von Corona war nicht alles schlecht.

Auf die Zahl der Straftaten haben sich die Lockdowns und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit jedenfalls sehr günstig ausgewirkt.

Seit dem Wegfall dieser Beschränkungen sind die Straftäter wieder deutlich munterer am Werk.

Bei der Vorstellung der Statistik machte **Holger Münch**, Chef des Bundeskriminalamtes, besonders auf diesen Umstand aufmerksam. Er sprach davon, dass solche „Nachholeffekte“ erwartbar gewesen seien. Wenn man das Vor-Corona-Jahr 2019 als Vergleich



Foto: Henning Schacht/BMI

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (re.), BKA-Chef Holger Münch (Mi.) und Iris Spranger, Berliner Innensenatorin, bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik.

heranziehe, dann seien die Fallzahlen lediglich um 3,5 Prozent gestiegen.

Signifikante Anstiege hat es bei Raub und Diebstahl gegeben. Im Vergleich zu 2021 war eine Zunahme von 26,8 beziehungsweise 20 Prozent zu verzeichnen. Vergleicht man die Diebstahlszahlen

jedoch mit dem Vor-Corona-Jahr 2019, dann sind die Fälle um 2,3 Prozent zurückgegangen.

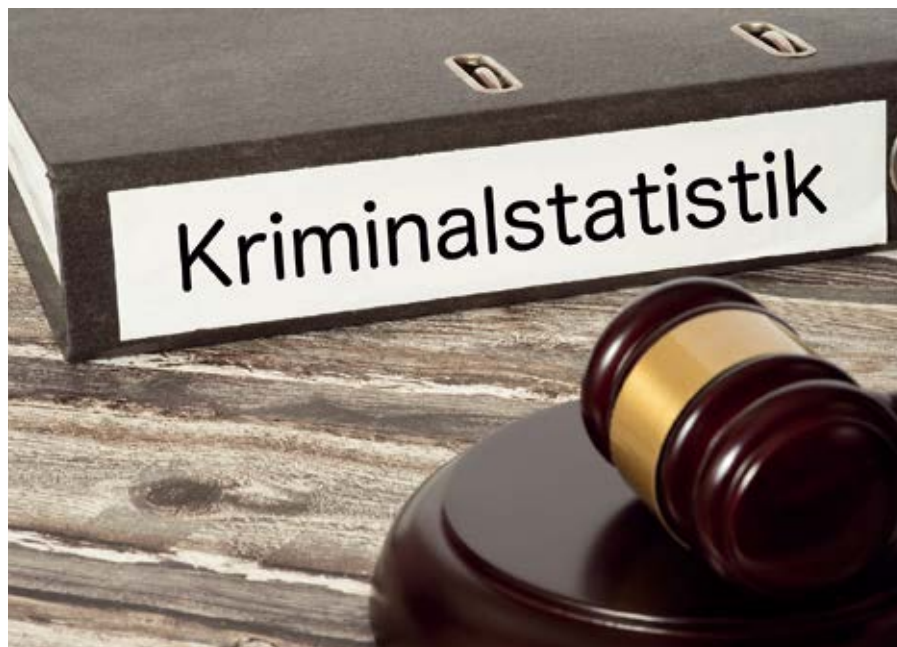
Die größte Zuwachsrate für einen einzelnen Deliktbereich ergab sich bei den Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asyl- und das Freizügigkeitsgesetz. Diese ausländerrechtlichen Vergehen, die naturgemäß nur von Ausländern begangen werden können, nahmen von 2021 auf 2022 um satte 53,8 Prozent zu. Es handelte sich im Wesentlichen um illegale Einreisen.

### Sexual- und Gewaltdelikte steigen überproportional

Der hohe Anstieg der Sexualdelikte erklärt sich laut Bericht neben vermehrten Tatgelegenheiten nach der Corona-Pandemie auch aus einer höheren Sensibilisierung und daraus gewachsener Anzeigebereitschaft.

Tatsächlich nahm die Zahl von Vergewaltigungen, Fällen sexueller Nötigung und anderer sexueller Übergriffe um 20,1 Prozent zu.

Ein deutlicher Anstieg war auch bei den Gewaltdelikten zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Delikte um 19,8 Prozent auf 197.202 Fälle. Auffällig ist auch die Zu-



Ein hoher Anstieg der Fallzahlen ist zu verzeichnen. Foto: studio v-zwoelf/stock.adobe.com





Foto: twinsterphoto/stock.adobe.com

**Auch die Messerattacken haben sich im vergangenen Jahr signifikant erhöht.**

nahme von Messerangriffen, bei denen eine Person unmittelbar bedroht wird. Verglichen mit dem Jahr 2021 stiegen die Taten der gefährlichen und schweren Körperverletzung um 15,4 Prozent von 7.071 auf 8.160 Fälle. Im Bereich von Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen betrug die Zunahme 5,9 Prozent.

### Messerattacken erreichen einen Höchstwert

Die Zahl der Messerattacken sind damit doch in bedeutsamer Weise angestiegen. Gerade diese Delikte die oftmals auch im öffentlichen Raum begangen werden, können das subjektive Sicher-

heitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig beeinträchtigen.

Speziell der Anteil der Asylmigranten an der Begehung von Gewaltdelikten ist überproportional hoch. Sie stellen lediglich 2,5 Prozent der Gesamtbevölkerung und sind mit 12 Prozent bei diesen Delikten deutlich überrepräsentiert.

Bei der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik sicherte **BKA-Chef Holger Münch** zu, dass man die Zahlen der Ausländerkriminalität im Blick behalten müsse. Für alarmierend hält er die aktuelle Entwicklung allerdings nicht. **Münch** verwies in diesem Zusammenhang auf die Nettozuwanderung von 1,4 Millionen Personen. Dies sei eine

beträchtliche Steigerung zum Vorjahr, als die Nettozuwanderung 330.000 Personen betragen habe. In 2022 sei folglich ein historischer Höchstwert bei der Zuwanderung erreicht worden. Selbstverständlich, so **Münch**, steige dadurch auch die Kriminalität im Lande.

### Die Kriminalitätsstatistik befasst sich mit dem Hellfeld

Mit der Kriminalitätsstatistik wird lediglich das Hellfeld ausgeleuchtet. Gemeint ist damit, dass nur Straftaten erfasst werden, die den Strafverfolgungsbehörden angezeigt wurden. Statistisch nicht erfasst wird das sogenannte Dunkelfeld, das je nach Deliktbereich erheblich grösser ausfallen kann.

Hinzu kommt, dass es sich bei der Kriminalstatistik um eine sogenannte Ausgangsstatistik handelt. Das heißt, erfasst werden nur der Polizei durch Anzeigen oder Razzien bekannt gewordene Fälle. Wie die Gerichte die gemeldeten Fälle am Ende beurteilen, geht daraus nicht hervor.

Ein bedeutsamer Gesichtspunkt wird in der Kriminalitätsstatistik recht stiefmütterlich behandelt, und zwar das Verhältnis deutscher zu nichtdeutschen Tätern. Mitunter kann der Eindruck entstehen, als wolle die Politik diese Beziehung gar nicht so genau wissen und zur Kenntnis nehmen. Denn gerade bei diesem Problem lauert hinter jeder Ecke der Diskriminierungsvorwurf.

### Hoher Anteil straffällig gewordener Ausländer

Ohne eine genaue Kenntnis der unterschiedlichen Tätergruppen kann aber nur schlecht vorbeugend agiert werden. Um seitens der Sicherheitsorgane schnell und effektiv auf unerwünschte Entwicklungen reagieren zu können, ist eine genaue Kenntnis der Lage zwingende Voraussetzung.

Die dokumentierten rund 5,63 Millionen Straftaten im Jahre 2022 wurden durch 2,1 Millionen Täter begangen. Ohne ausländerrechtliche Verstöße registrierte das Bundeskriminalamt im vergangenen Jahr 5,4 Millionen Straftaten, die von 1,9 Millionen Personen begangen wurden.

Laut der amtlichen Statistik wurden 612.000 nichtdeutsche Täter registriert, was 32 Prozent entspricht. Von den 83 Millionen in Deutschland lebenden Menschen sind 13,4 Millionen Ausländer, also 16 Prozent.

Während Deutsche 84 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen, sind sie mit nur 68 Prozent an der Begehung von Straftaten beteiligt. Nichtdeutsche stellen hingegen lediglich 16 Prozent



**Sexualdelikte sind in 2022 stark angestiegen.**

Foto: New Africa/stock.adobe.com

der Gesamtbevölkerung, sind aber mit 32 Prozent an der Begehung von Straftaten beteiligt. Der Anteil straffällig gewordener Ausländer ist folglich mindestens doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Hieraus folgt die Erkenntnis, dass nach Deutschland Zugewanderte oder hier als Kinder ausländischer Eltern Geborene eher Straftaten begehen als die einheimische Bevölkerung.

**Die Clan-Problematik wird vielfach ausgeblendet**

Das Verhältnis von 16 Prozent Ausländern zu 32 Prozent begangener Straftaten ist nicht das ganze Bild, das zu kennen schon wichtig wäre, um dieses Phänomen bearbeiten zu können. Die amtliche Statistik führt als Deutschen, wer über einen deutschen Pass verfügt. In dieser Gruppe sind immerhin 9 Millionen Personen mit Migrationshintergrund enthalten.

Auch viele Mitglieder krimineller Clans verfügen über einen deutschen Pass, obwohl sie sich nicht integriert, sondern in einer Parallelwelt eingerichtet haben. Sie erhöhen folglich den Anteil der deutschen Täter, was zu einer bedeutsamen Verzerrung der Statistik führt.

Wer kennt sie nicht, die eingewanderten Großfamilien der Miris, Remmos oder Abou-Chakers, die durch organisierte Kriminalität zu Macht und Reichtum gelangt sind.

**Die Mehrzahl der Menschen mit Migrationshintergrund lebt straffrei unter uns**

Um keinerlei Missverständnis aufkommen zu lassen: Die ganz überwiegende Mehrheit dieser Bevölkerungsgruppe lebt straffrei unter uns, ebenso die meisten Ausländer. Trotzdem wäre es sinnvoll, die jeweilige Kriminalitätsbelastung gesondert zu erheben. Weil diese Daten aber fehlen, kann dieser Mangel nur durch Schätzungen ausgeglichen werden.

Dabei darf man davon ausgehen, dass eine überproportional hohe Kriminalitätsbelastung auf gravierende Mängel der Integration hinweist. Hier sollten wir als Gesellschaft nicht Augen und Ohren verschließen, sondern handeln, damit das Problem uns nicht über den Kopf wächst.

Da sich für diese Problematik niemand aus Regierung und Politik so richtig zu erwärmen vermag, deutet vieles darauf hin, dass es sich um ein Problem handelt, mit dem sich keine politischen Meriten ernten lassen. Das bestehende Erkenntnisdefizit schützt bislang davor,



**Die ungebremste Zuwanderung stellt das Bildungssystem vor große Herausforderungen.**

Foto: Lucky dragon/stock.adobe.com

unangenehme Fragen der Zuwanderungspraxis und der Integrationsmängel beantworten zu müssen.

Dieses Wegducken vor einem augenscheinlichen Problem wird nur noch begrenzte Zeit gelingen, weil es über kurz oder lang in die populistische Ecke abwandern wird. Ob dann noch sachgerechte Maßnahmen und Regelungen möglich sein werden, lässt sich aus heutiger Sicht nur unvollkommen diagnostizieren.

Viel besser wäre es auf jeden Fall, sich der Integrationsproblematik offensiv zu stellen. Am stärksten unter der Zuwanderung hat unser Bildungssystem zu leiden. Wenn ein beträchtlicher Teil der Grundschüler nur über unzureichende

Deutschkenntnisse verfügt und rund 20 Prozent die Schulkarriere ohne Abschluss beenden, dann ist es nicht verwunderlich, dass die Leistungen der deutschen Schulen im europäischen Vergleich deutlich abfallen.

Diese Entwicklung sollte uns wachrütteln, weil sie letztlich unser aller Wohlstand in Gefahr bringt.

Es ist daher an der Zeit, notwendige Reformen jetzt schnell und konsequent einzuleiten, damit Bildung in Deutschland wieder den Stellenwert erhält, die ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entspricht und somit die Grundlage für eine gelingende Integration bilden kann.

Friedhelm Sanker



**Es wäre sinnvoll die jeweilige Kriminalitätsbelastung gesondert zu erheben. Das Wegducken vor dem Problem schützt die Politik bislang davor, unangenehme Fragen beantworten zu müssen.**

Foto: SimpleLine/stock.adobe.com

OV Duisburg-Hamborn:

## Die Fusion der Ortsverbände Dinslaken und DU-Hamborn ist abgeschlossen

**G**ewerkschaftsarbeit lebt vom unmittelbaren Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen. Während der Corona-Pandemie waren die Kontakteinschränkungen eine schwere Hypothek für eine strukturierte Arbeit an der Gewerkschaftsbasis. Ende April 2023 war es dann aber endlich so weit: Der Ortsverband DU-Hamborn konnte seine diesjährige Jahreshauptversammlung wieder ohne Beschränkungen als Präsenzveranstaltung durchführen. Nach der Auflösung des Ortsverbandes Dinslaken und Übernahme in den OV DU-Hamborn wurde erstmals eine gemeinsame Veranstaltung durchgeführt.

Die Fusion war erforderlich geworden, weil die Justizvollzugsanstalt Dinslaken bereits vor etlichen Jahren ihre Eigenständigkeit verloren hat und seither der JVA Duisburg-Hamborn als Zweiganstalt angeschlossen ist. Die Rekrutierung des personellen Ersatzbedarfs erfolgt über die Hauptanstalt, so dass sich der Mitgliederbestand in Dinslaken sukzessive reduzierte.

### Das Zusammenwachsen gestaltete sich unproblematisch

Aus Gründen der Personalökonomie erfolgt zudem der Personaleinsatz in allen Bereichen der Anstalt. Der dauerhafte Einsatz an nur einem der beiden Standorte ist folglich nicht durchgängig sichergestellt.

Zwischenzeitlich sind die ursprünglich zwei Personalkörper zu einem verschmolzen. Die Fusion der beiden gewerkschaftlichen Untergliederungen folgt dieser Entwicklung und organisiert die Kolleginnen und Kollegen in einer gewerkschaftlichen Einheit.

Die Geschäfte sind zwischenzeitlich reibungslos übergeben worden. Für die sachgerechte und kompetente Vorbereitung des Fusionsprozesses gebührt dem Vorstand des ehemaligen OV Dinslaken Dank und Anerkennung.

OV-Vorsitzender **Klaus Pallasch** würdigte im Rahmen der Zusammenkunft die langjährige, sehr erfolgreiche Arbeit des ehemaligen Ortsverband Dinslaken: „Dank Eures Engagements war Euer Ortsverband eine verschworene Gemeinschaft, die die ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit vor Ort nachhaltig gefördert und gelebt hat. Wir freuen uns, dass Ihr jetzt ein wesentlicher Bestandteil unseres Ortsverbandes geworden seid. Gemeinsam werden wir nun versuchen, unsere berufliche Zukunft positiv zu gestalten.“

Im weiteren Verlauf der Jahreshauptversammlung, die erneut im Restaurant Haus Garden, dem Stammlokal des Ortsverbandes, stattfand, begrüßte **Klaus Pallasch** den aus Ostwestfalen angereisten **BSBD-Landesvorsitzenden Ulrich Biermann**, bevor er der gut besuchten Versammlung seinen Ge-

schäftsbericht vortrug. **Klaus Pallasch** referierte über die örtliche Gewerkschaftsarbeit in den vergangenen Monaten. Die Corona-Pandemie, so der Gewerkschafter, sei schon eine bleierne Zeit gewesen, weil die unmittelbare Kommunikation, das vertrauliche Gespräch, mit den Kolleginnen und Kollegen doch beträchtlich eingeschränkt gewesen sei. Der Blick in die Zukunft sei da wesentlich erfreulicher.

**Klaus Pallasch** forderte die Kolleginnen und Kollegen auf, sich verstärkt in die Gewerkschaftsarbeit vor Ort ein-

Hierzu habe auch der Rechtsschutz des **DBB** beigetragen, der von Kolleginnen und Kollegen häufiger erfolgreich in Anspruch genommen worden sei. Zu wissen, in komplexen, schwierigen Situationen nicht auf sich allein gestellt zu sein, sondern erforderlichenfalls von kompetenten Anwälten des **DBB** unterstützt zu werden, vermittele schon ein Stück Sicherheit.

Konsequenz dieser Entwicklung sei eine seit Jahren expandierende Mitgliederentwicklung, auf die der Vorstand mit Stolz blicke. Die aktuell 177



**Klaus Pallasch (li.), Ulrich Biermann (2. von li.) und Stefan Tasche (re.) gratulierten den Jubilaren Margarethe Ulrich (Mi.) und Rainer Kaderbach (2. von re.) zur langjährigen Treue zur Gewerkschaft Strafvollzug.**

Fotos (2): BSBD OV DU-Hamborn

zubringen. Der Vorstand sei immer nur so gut, wie die Unterstützung durch die Mitglieder. Es gehe darum, sowohl negative als auch positive Entwicklungen zu diskutieren und die Auffassungen von vor Ort schnell in die Entscheidungsgremien des **BSBD** auf Landesebene einzuspeisen. Die **BSBD**-Landesleitung werde so in die Lage versetzt, im Bedarfsfall schnell im politischen oder auch administrativen Raum agieren zu können.

Bislang, dies sei seine Erfahrung, werde das ehrenamtliche Engagement der **BSBD**-Mandatsträger von den Mitgliedern wertgeschätzt und positiv aufgenommen.

Mitglieder seien ein beachtlicher Wert für eine Vollzugseinrichtung unserer Größe.

### Ulrich Biermann wagte einen optimistischen Blick in die Zukunft

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung berichtete **BSBD**-Chef **Ulrich Biermann** über die gewerkschaftlichen Initiativen auf der Landesebene. So sei die **BSBD**-Landesleitung permanent mit allen wesentlichen der im Landtag vertretenen Parteien im konstruktiven Austausch. Hier habe sich der **BSBD** Vertrauen erworben, weil er stets mit realistischen Forderungen auf die Politik zugehe.



**Klaus Pallasch (re.) und Stefan Tasche (li.) verabschiedeten Werner Bläsius als Pensionärsvertreter. Mit dem Ausscheiden aus dem Dienst gibt er diese Funktion auf.**

Gegenwärtig sei der Nachwuchsmangel ein drängendes Problem, das regional unterschiedlich stark ausgeprägt sei. „Selbstverständlich wird es künftig darum gehen, in allen Laufbahnen attraktiver zu werden, um erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt agieren zu können. Trotzdem bietet der deutschlandweit spürbare Fachkräftemangel auch Chancen, die Arbeits- und Einkommensverhältnisse deutlich zu bessern. Wenn Arbeitskraft zu einem seltenen und damit teuren Gut wird, dann versetzt diese Entwicklung die Gewerkschaften auch in die Lage, überdurchschnittlich erfolgreich für die Kolleginnen und Kollegen agieren zu können.“

Zum Abschluss seiner Ausführungen machte **Ulrich Biermann** darauf aufmerksam, dass dies sein letzter Besuch als **BSBD-Landesvorsitzender** sei. Angesichts seines absehbaren Eintritts in den Ruhestand werde er anlässlich des diesjährigen **BSBD-Gewerkschaftstages** nicht erneut kandidieren und die Verantwortung in jüngere Hände legen. Er bedankte sich für die ihm gewährte Unterstützung, die er immer spüre, solange er in der Verantwortung stehe.

Unter großem Applaus der Versammlung, bedankte sich **Klaus Pallasch** beim scheidenden **BSBD-Landesvorsit-**

zenden ganz herzlich für die jahrelange konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit.

**Jubilare sind eine Inspiration für die nachwachsenden Generationen**

Einen Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Ehrung langjähriger Gewerkschaftsmitglieder. **Rainer Kaderbach** ist seit nunmehr 40 Jahren im **BSBD** organisiert und **Margarethe Ul-**

**rich** kann bereits auf 50 Jahre als Mitglied in der Gewerkschaft Strafvollzug zurückblicken. Sie hat in diesem Jahr das 93. Lebensjahr vollendet und ist damit das älteste Mitglied des Ortsverbandes. Gemeinsam mit dem **BSBD-Landesvorsitzenden** überreichte **Klaus Pallasch** die Ehrenurkunde des **BSBD** und eine kleine persönliche Aufmerksamkeit. Er danke den Jubilaren für ihre Treue zur Gewerkschaft. Sie gäben damit ein nachahmenswertes Beispiel dafür, wie gemeinsame Berufsinteressen vertreten werden sollten. Sowohl als Beschäftigter wie auch als Beamter sei man ohne gewerkschaftlichen Rückhalt nur ein Einzelkämpfer ohne tatsächliche Wirkmacht.

**Werner Bläsius**, der Pensionärsbeauftragte des Ortsverbandes **DU-Hamborn**, ist aus Anlass seiner Zuruhesetzung aus dieser Funktion ausgeschieden. Der Vorstand bedankte sich für sein außerordentliches Engagement mit einem kleinen Dankeschön.

Die über viele Jahre vertrauensvolle Zusammenarbeit sei immer kollegial und konstruktiv gewesen. Die Jahreshauptversammlung fand auf diese Weise einen rundum gelungen Abschluss. Der **Duisburg-Hamborner Ortsverband** blickt mit seinen Mitgliedern mit Freude und Tatendrang in eine hoffentlich erfolgreiche Zukunft.

*Klaus Pallasch*



**Die JVA Duisburg-Hamborn gehört zu den mittelgroßen Vollzugseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen.**  
*Foto: Imago/Marco Stepniak*

Besuchen Sie uns im Internet



Immer bestens informiert **www.bsbd.nrw**

**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands – Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.**

Mit der SPD-Landtagsfraktion im Gespräch:

## Steter Tropfen höhlt den Stein

**G**erade Vertreter von Gewerkschaften müssen im Zuge ihrer Verhandlungen mit der Landespolitik vielfach Beharrlichkeit und einen langem Atem beweisen. Oftmals ist dies der bessere Weg, um gewerkschaftliche Ziele auf den Weg zu bringen und letztlich durchzusetzen. Der einmalige Kontakt, der einmalige Versuch sind meist zum Scheitern verurteilt. Diese Strategie folgt dem Beispiel jenes Wassertropfens, der allein einem Stein nichts anhaben kann. Tropft es aber lange Zeit unausgesetzt auf einen Felsen, dann entsteht im Laufe der Zeit eine Vertiefung, so dass auch weiches Wasser einen Stein letztlich zu brechen vermag. Diese Beharrlichkeit hatten sich auch die Mitglieder der BSBD-Landesleitung auf die Fahnen geschrieben, als sie dieser Tage unter Leitung von BSBD-Chef Ulrich Biermann die aktuelle Gesprächsreihe mit Vertretern der SPD-Landtagsfraktion fortsetzten.



Foto: BSBD NRW

**BSBD-Chef Ulrich Biermann (vorne li.) bedankte sich bei der Rechtspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Sonja Bongers für einen sehr konstruktiven Meinungs austausch. Biermann wurde unterstützt durch Detlef Plömacher (hinten li.) und Horst Butschinek (hinten re.).**

Den Gewerkschaftern saßen die SPD-Landtagsabgeordneten **Sonja Bongers, Hartmut Ganzke** und **Elisabeth Müller-Witt** als vertraute Gesprächspartner gegenüber. Zwischenzeitlich kennt man sich und hat Vertrauen gefasst.

Die BSBD-Vertreter beklagen nicht bei jedem Problem den Untergang des Abendlandes, während sich die Abgeordneten zu wahren Experten des Vollzuges entwickeln. Man unterhält sich auf Augenhöhe und versucht Probleme lösungsorientiert zu diskutieren.

Aktuell ergeben sich auch im NRW-Strafvollzug beträchtliche Schwierigkeiten, den dringend benötigten Nachwuchs zu rekrutieren. Zwar weist die Ausprägung des Problems regionale

Unterschiede auf, doch ist der Fachkräftemangel für alle Einrichtung deutlich spürbar. Die Gewinnung von qualifiziertem Personal stand folglich im Fokus der Erörterung.

### Die Nachwuchsgewinnung wird zu einem immer größeren Problem

Das seitens des BSBD NRW erhobene Zahlenmaterial diene dazu, den Rechtspolitikern der SPD-Fraktion die Brisanz des Problem zu erläutern. Es dürfte dem Vollzug schwerfallen, die bereits konkret absehbaren Personalverluste auszugleichen. Speziell die mittlere Führungsebene der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt, ist in dieser Hinsicht arg gebeutelt, weil sich

gegenwertig das dringend benötigte Personal nur unzureichend finden lässt.

BSBD-Chef **Ulrich Biermann** verdeutlichte, dass faktisch in allen Laufbahnen von anderen Dienstherrn „gewildert“ werde. Der Weggang insbesondere junger Kräfte sei für den Justizvollzug eine arge Belastung. Dies schmerze besonders, weil die Akquise und die Einstellung oftmals zum mühevollen Kraftakt werde. Wenn diese Kräfte dann für die speziellen Bedürfnisse des Vollzugs ausgebildet seien und zu diesem Zeitpunkt abgeworben würden, dann müsse der Vollzug wieder bei null anfangen, umriss **Biermann** die Schizophrenie des gegenseitigen Abwerbens von Personal.

### Deutliche Steigerungen der Attraktivität sind der Schlüssel zum Erfolg

Die BSBD-Vertreter plädierten dafür, die Attraktivität der Laufbahnen signifikant zu verbessern. Vernünftige Rahmenbedingungen, ein gutes Arbeitszeitmanagement mit angepasster Wochenarbeitszeit und planbarer Freizeit sowie eine wertschätzende Entlohnung seien entscheidend, um künftig auf einem angespannten Arbeitsmarkt erfolgreich konkurrieren zu können. Speziell in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt (vormals Mittlerer Dienst), sowie der bereits erwähnten Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (vormals Gehobener Dienst), seien die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten sehr überschaubar, so dass hier politisches Handeln zwingend erforderlich sei.

Es müsse gelingen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen beruflichen Anforderungen und privaten Bedürfnissen der Beschäftigten zu schaffen. Das gelte auch und insbesondere für Dienstbereiche, die infolge ihrer speziellen Aufgabenstellung im Schichtbetrieb organisiert seien.

Im Laufe der in gewohnt vertrauter und sehr angenehmen Gesprächsatmosphäre stattfindenden Runde, beschäftigte man sich mit Blick auf die derzeit geführte Diskussion mit der Frage der Schaffung eines Resozialisierungsgesetzes für Nordrhein-Westfalen.

Die **BSBD**-Vertreter stellten dabei den überaus bedeutsamen Aspekt der Haftnachsorge ins Zentrum ihrer Betrachtungen. Insbesondere psychisch auffällige Straftäter bedürften langfristig der Begleitung und dürften nach der Entlassung nicht sich selbst überlassen bleiben, wenn die Behandlungsmaßnahmen des Vollzuges auch in Freiheit Tragfähigkeit beweisen sollen.

Für die **SPD**-Rechtspolitiker stellte **Sonja Bongers** fest, dass die Vorstellungen des **BSBD NRW** zur Personalsi-

tuation, zur Steigerung der Attraktivität der Laufbahnen und der konkreten Ausgestaltung des Vollzuges sich in weiten Bereichen mit ihren Überzeugungen decke. Sie werde dafür eintreten, dass diese Positionen durch die Fraktion unterstützt werden. Es sei ihr Bestreben, mit dem **BSBD** im Gedankenaustausch zu bleiben. Davon könne ihre Fraktion profitieren.

Das sei aber auch für den **BSBD** wichtig, weil Missverständnisse und womöglich Vorbehalte abgebaut würden.

Dies sei besonders bedeutsam für den Fall, dass konkrete parlamentarische Entscheidungen zu treffen seien.

**BSBD-Landeschef Ulrich Biermann** bedankte sich abschließend bei **Sonja Bongers** und betonte, dass der regelmäßige Austausch ein wesentliches Element gewerkschaftlicher Arbeit darstelle, um so das Augenmerk der politischen Entscheidungsträger auf den Vollzug zu lenken, damit dessen unabwiesbare Bedürfnisse von der Politik nicht übersehen würden. ■



Vertreter der **BSBD**-Landesleitung haben die Gespräche im NRW-Landtag fortgesetzt. Aktuell fand ein Meinungsaustausch mit den Rechtspolitikern der **SPD**-Fraktion statt. Foto: Fotolia.com

## BSBD OV Bielefeld-Oberems

### Andre Schicht: „Auch in der Pandemie sind wir gewachsen!“

**A**nfang April war es endlich wieder so weit: Man konnte sich bei der Jahreshauptversammlung wieder direkt in die Augen schauen. Während der langen Zeit der coronabedingten Kontaktbeschränkungen mussten für die Kommunikation die sich schnell verbreitenden technischen Möglichkeiten genutzt werden. Aber klar war immer: Das persönliche Gespräch, die konstruktive menschliche Interaktion, ist durch nichts zu ersetzen. Das Landhaus Heitmann in Herzebrock bot den passenden Rahmen für die sehr gut besuchte Veranstaltung. Ortsverbandsvorsitzender **Andre Schicht** war sichtlich erfreut, so viele Mitglieder, aber auch den **BSBD**-Landesvorsitzenden **Ulrich Biermann** begrüßen zu können.

In seinem Eingangsstatement hob **Andre Schicht** hervor, dass man – was die Mitgliederzahlen anbelangt – sehr gut durch die Pandemie gekommen sei. So habe der Ortsverband Oberems das dritte Jahr in Folge nicht unerhebliche Zuwächse zu verzeichnen. Aktuell gehörten dem Ortsverband Bielefeld-Oberems 404 Mitglieder an. „Wir sind damit unangefochten die mitgliederstärkste Untergliederung unseres nordrhein-westfälischen Landesverbandes“, informierte der Vorsitzende die Mitglieder nicht ohne eine gehörige Portion Stolz auf die Arbeit seines gesamten Vor-

standes. Diese Entwicklung des Ortsverbandes sei schon beeindruckend. Besonders bedanke er sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die hierzu wesentliche Beiträge geleistet hätten.

#### Die Aussichten entwickeln sich besser als bislang erhofft

Im Verlauf der Zusammenkunft stellte **BSBD**-Landesvorsitzender **Ulrich Biermann** die gewerkschaftlichen Initiativen auf Landesebene vor. Gegenwärtig sei man mit allen Parteien im Gespräch, um für die drängenden Probleme des Vollzuges sachgerechte Lösungsansätze

zu erarbeiten. „Der in der Wirtschaft allenthalben spürbare Fachkräftemangel beschäftigt uns bereits seit einigen Jahren. Obwohl die Stellenkontingente des Vollzuges in der Zeit von 2017 bis 2022 erheblich ausgeweitet worden sind, haben wir große Schwierigkeiten, diese Stellen tatsächlich zu besetzen. Die angestrebte personelle Entlastung kann folglich erst mit deutlicher zeitlicher Verzögerung eintreten“, umriss **Biermann** die aktuelle Lage. Die **BSBD**-Landesleitung, so der Gewerkschafter, sei daher auf allen Ebenen bemüht, Politik und Administration zu überzeugen,



Die JVA Bielefeld-Senne ist die größte europäische Einrichtung des offenen Vollzuges. Und hier ist mit dem OV Bi-Oberems die größte BSBD-Untergliederung in NRW beheimatet.

dass es ohne eine deutliche Steigerung der Attraktivität in allen Laufbahnen des Vollzuges nicht möglich sein werde, auf dem Arbeitsmarkt geeignetes Personal in dem benötigten Umfang zu rekrutieren.

Noch tue sich die Politik schwer, so **Biermann**, diese simple Wahrheit zur Basis ihres Handelns zu machen. Da der Fachkräftemangel aber nicht einfach von selbst verschwinden werde, sondern Fachkräfte ein rares Gut blieben, wachse den Gewerkschaften zusätzliche Wirkmacht zu. „Ich bin deshalb sehr zuversichtlich, dass es uns mittelfristig gelingen wird, Arbeitsbedingungen und Einkommensstrukturen so zu verändern, dass der Vollzug auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich konkurrieren kann“, wagte **Biermann** einen optimistischen Blick in die Zukunft.

### Ehrung langjähriger Mitglieder

**Ingrid Prante** sowie die Kollegen **Theodor Grachtrup** und **Peter Müller** blicken auf eine 50-jährige Mitgliedschaft in der Fachgewerkschaft zurück. Hierfür erhielten sie aus der Hand des Vorsitzenden Urkunde und goldene Ehrennadel des **BSBD NRW**.

Außerdem konnte **Andre Schicht** **Gerhard Freyer** für seine 40-jährige Treue zum **BSBD** mit Urkunde und silberner Ehrennadel des **BSBD-Landesverbandes** auszeichnen. „Durch eure langjährige Mitgliedschaft in unserer Fachgewerkschaft gebt ihr uns Jüngeren ein beeindruckendes Beispiel, dass abhängig Beschäftigte solidarisch zusammenstehen müssen, wenn sie

ihre Interessen erfolgreich vertreten wollen. Als Einzelkämpfer scheidet man entweder an den realen Verhältnissen oder wird zum eigennützigem Trittbrettfahrer. Ihr habt die Gewerkschaftsarbeit auch als gemeinschaftsstiftend empfunden und gelebt, so dass ihr auch nach dem Eintritt in den Ruhestand aktive Mitglieder der **BSBD-Familie** geblieben seid. Dafür danke ich euch von ganzem Herzen“, würdigte **Andre Schicht** die Jubilare.

Der Vorsitzende hob hervor, dass zwischenzeitlich über 100 Pensionäre im Ortsverband organisiert seien und leitete zur Wahl der vakanten Funktion des Pensionärsvertreters über. Aus der

Versammlung heraus wurde der Kollege **Kay Eckel** für diese Position vorgeschlagen. Die Kollegen votierten anschließend einmütig per Akklamation für diesen Vorschlag.

**Andre Schicht** gratulierte **Kay Eckel** zur Wahl und betonte, dass der Ortsverband immer eine sehr intensive Pensionärsarbeit gepflegt habe und er sich sicher sei, dass **Kay Eckel** diese Arbeit erfolgreich fortsetzen werde. Als langjähriges Mitglied in der Fachgewerkschaft und ehemaliger Personalratsvorsitzender der vormaligen JVA Bielefeld-Brackwede II sei er für diese Funktion geradezu prädestiniert.

Der Kollege **Kay Eckel** bedankte sich für die Wahl und sicherte zu, dass er sich der neuen Aufgabe engagiert und motiviert widmen werde.

Zum Ende der Veranstaltung informierte **Andre Schicht**, dass auf der Landesebene anlässlich des im September 2023 in Bochum stattfindenden Gewerkschaftstages eine Neuausrichtung der Gewerkschaftsarbeit anstehe.

„Wir wollen uns in diesen Prozess konstruktiv einbringen und dafür heute unsere stimmberechtigten Delegierten wählen“ erklärt **Schicht**.

In überwiegend einvernehmlichen Wahlgängen wurden anschließend die Delegierten für den Gewerkschaftstag bestimmt.

Nach dem Abschluss des offiziellen Teils der Veranstaltung lud der Ortsverband zu einem kleinen Imbiss aus der hauseigenen Küche des Landhauses Heitmann ein und man saß anschließend noch zusammen, um zu fachsimpeln und vollzugliche Anekdoten auszutauschen. ■



**Andre Schicht** (li.) **Marco Paul** (hinten li.) und **Carsten Schreier** (hinten re.) gratulierten **Peter Müller** (2. von li.), **Ingrid Prante** (3. von li.), **Theodor Grachtrup** (4. von li.) und **Gerhard Freyer** zu ihrer jahrzehntelangen Treue zur Fachgewerkschaft.

Fotos (2) BSBD NRW

OV Remscheid

## Endlich sind Präsenzveranstaltungen wieder möglich!

Dass die Zeit in der Rückbetrachtung wie im Fluge zu vergehen scheint, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die letzte Präsenzveranstaltung bereits vier Jahre zurückliegt. Ende März führte der OV Remscheid seine Jahreshauptversammlung durch. Der scheidende Vorsitzende Carsten Kaiser freute besonders darüber, dass die Kolleginnen und Kollegen seiner Einladung so zahlreich gefolgt waren. Zudem konnte er mit dem Bezirksprecher Achim Künkeler und dessen Stellvertreter Sascha Piotrowski zwei hochkarätige Vertreter des BSBD-Landesverbandes begrüßen.

Carsten Kaiser machte deutlich, dass er nach zwölf Jahren nicht erneut für den Vorsitz kandidieren werde. Hierfür seien in erster Linie persönliche Gründe maßgeblich, obwohl ihm die Gewerkschaftsarbeit trotz der ein oder anderen kritischen Stimme stets große Freude bereitet habe. Diese Arbeit habe ihn auch in die Lage versetzt, die Probleme der Kolleginnen und Kollegen sowie der unterschiedlichen Laufbahnen und der Anstalt auf verschiedenen Ebenen ansprechen zu können. In dieser Funktion sei man eben nicht mehr auf Mittler angewiesen, man könne selbst agieren. Seinem Nachfolger wünsche er viel Erfolg, damit die Interessen der Remscheider Basis auch künftig Gehör fänden.

### Der BSBD-Landesverband steht vor einem Neuanfang

Bezirkssprecher Achim Künkeler dankte für die Einladung zur Jahreshauptversammlung. Er befasste in der Hauptsache mit dem im September 2023 anstehenden BSBD-Gewerkschaftstag und gab zudem einen Ausblick auf die am 11. Oktober 2023 beginnenden Tarifverhandlungen für die Bundesländer.

Künkeler berichtete, dass Ulrich Biermann, der bisherige BSBD-Chef, nicht für eine Wiederwahl zur Verfügung stehe. Dies zwingt den BSBD, sich auf Landesebene personell völlig neu aufzustellen. Diese Situation beinhalte zugleich Risiken aber auch Chancen. Einerseits gingen sicher zahlreiche personengebundene Kontakte verloren, andererseits ergebe sich zwingend die Möglichkeit, die bisherige Arbeit zu hinterfragen und gegebenenfalls neu zu strukturieren. Die notwendige Kontinuität werde vermutlich durch



Sascha Piotrowski (re.) verabschiedet Carsten Kaiser aus der Funktion des Remscheider Ortsverbandsvorsitzenden.

altgediente Mitglieder der bisherigen Landesleitung sichergestellt, so dass die Arbeitsfähigkeit auch nach dem BSBD-Gewerkschaftstag gewährleistet sein dürfte.

Da der BSBD über ausreichend kompetente und qualifizierte Persönlichkeiten verfüge, sehe er, Künkeler, dem Gewerkschaftstag entspannt und mit großer Vorfreude entgegen.

„Wenn im Herbst die Tarifverhandlungen für die Bundesländer beginnen, dann agieren wir nicht im luftleeren Raum. Die aktuell laufenden Verhandlungen für Bund und Kommunen werden die Grundlage für unsere eigenen Verhandlungen sein“, stellte der Be-

zirkssprecher klar. Dabei verbesserten sich die Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt gerade zugunsten der Gewerkschaften. Solange Fachkräftemangel herrsche, bleibe die Arbeitskraft ein teures Gut. Dies könne sich nur positiv auf das Tarifiergebnis auswirken, so dass wir durchaus mit Optimismus auf den Herbst blicken können, meinte der Gewerkschafter.

### Dank und Anerkennung

Sascha Piotrowski ließ es sich nicht nehmen, dem scheidenden Vorsitzenden Carsten Kaiser ausgiebig für sein gewerkschaftliches Engagement zu danken. Mit seiner nonchalant-hartnäckigen Art und seinen klugen Gedanken habe er die Arbeit in den Gremien des Landesverbandes bereichert. Die Zusammenarbeit sei immer kollegial und konstruktiv gewesen. „Wir werden Dich vermissen; Du hast Spuren hinterlassen! Du wirst uns fehlen“, schloss der Gewerkschafter seine Ausführungen.

Im Rahmen der Neuwahl wurde Kollege Tim Jochum, der dem Werkdienst der Remscheider Vollzugseinrichtung angehört, zum neuen Ortsverbandsvorsitzenden gewählt. Der neue Vorsitzende bedankte sich bei der Versammlung für den ihm gewährten Vertrauensvorschuss und sicherte den Kolleginnen und Kollegen zu, sich engagiert und nachdrücklich für ihre Interessen einzusetzen.

Die Fußstapfen sind groß, die Carsten hinterlässt. Ich werde mich aber bemühen, sie mit zunehmender Erfahrung immer besser auszufüllen.

Den Abschluss bildete die Ehrung von Frank Hof für 40-jährige Treue zum BSBD-NRW. Carsten Kaiser ließ es sich nicht nehmen dem alten und neuen Kassierer Frank Hof zu gratulieren und ihm die silberne Ehrennadel des BSBD-Landesverbandes zu überreichen. „Lieber Frank, ich danke Dir ganz persönlich für Deine engagierte, akribische Führung der Finanzen des Ortsverbandes. Auf Dich konnte ich mich stets verlassen. Du hast mir immer den Rücken freigehalten. Wenn Du jetzt in den wohlverdienten Ruhestand eintrittst, dann wünsche ich Dir alles erdenklich Gute. Du hast es verdient. Unter Langeweile wirst Du nicht leiden, denn Du bleibst dem OV Remscheid als Kassierer erhalten“, fasste der alte Vorsitzende seine Worte des Dankes zusammen.

Friedhelm Sanker



Ein eingeschworenes Team! Carsten Kaiser (li.) gratuliert seinem Kassierer Frank Hof zu dessen 40-jähriger Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Strafvollzug.



# Jetzt Gewerkschafts- vorteil sichern!



[www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)

Einfach den Code scannen und sofort in unsere exklusive  
Vorteilswelt für Mitglieder in dbb-Fachgewerkschaften  
eintauchen.

Jetzt informieren und Vorteile sichern  
in Ihrer Filiale vor Ort,  
per Telefon unter 0721 141-0  
oder auf [www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)